

Harald Schliekert

Rede zur Haushaltsplanberatung im Rat der Stadt Troisdorf am 16.12.2014
(es gilt das gesprochene Wort)

(Anrede – Dank an Kämmerei)

Ich will meine Ausführungen zum Haushalt mit einer grundsätzlichen Vorbemerkung beginnen. Nein, wir haben nicht erwartet, dass uns auch in Troisdorf eine „schwarze Null“ vorgelegt wird. Und Ja, es stimmt, dass auch unser Haushalt belastet ist durch Ausgaben zur Erledigung von Aufgaben, die wir nicht beschlossen haben. Es steht aus unserer Sicht auch fest, dass die „schwarze Null“ von Bundesfinanzminister Schäuble, auch auf Kosten der Kommunen geht. Das erklärt aber nicht das geradezu sprunghafte Ansteigen des Minus, das den Gestaltungsspielraum kommunaler Politik in Troisdorf auf Jahre einschränken wird.

Wir tragen den vorgelegten Haushaltsplanentwurf nicht mit, weil er falsche Signale setzt. Denn trotz der auch von der Ratsmehrheit zugegebenen miserablen Haushaltslage wird festgehalten an Dingen, von denen es nett sie zu haben, die aber nicht notwendig sind:

- Einstellung eines Verkehrsplaners
- Stabsstelle Gesunde Stadt
- Stabsstelle Demografie oder
- dem Umweltbüro.

Festgehalten wird auch an der externen Beratung zur Durchführung der Märkte, was mit ca. 100.000 € im Jahr den Haushalt belastet.

Wir sind befremdet, dass ein Antrag auf Förderung der sicher sinnvollen energetischen Sanierung der Realschule Heimbachstr beim Land gestellt wird, dabei aber die Turnhalle der Schule, die es auch baulich dringend nötig hätte, vergessen wird.

Von einer wirklichen Willkommenskultur bei den Flüchtlingen, die nach Troisdorf kommen, sind wir immer noch weit entfernt. Zusätzliches Personal ist aus Sicht der Ratsmehrheit aber nicht nötig, obwohl klar ist, dass die Zahlen und damit der Betreuungsaufwand weiter steigen werden und obwohl auch die Grünen in der Presse stolz verkünden, dass es eine zusätzliche Landesförderung gibt.

Mit unserer Forderung nach Vorziehen des dringend notwendigen Neubaus der Mehrzweckhalle Altenrath konnten wir uns trotz eines Vorschlags zur Finanzierung nicht durchsetzen.

Aber gleichzeitig informiert uns die Verwaltung, dass für die Umsetzung eines Businformationssystems ca. eine halbe Mio Euro zusätzlich eingestellt werden müssen. Zugegeben, es gibt einen entsprechenden Beschluss aus dem Jahr 2009, aber ist das in diesen Zeiten wirklich notwendig und unabweisbar?

Ein Wort zum Bürgerhaushalt. Wir würden uns an erster Stelle wünschen, dass sich viel mehr Bürger beteiligen. Wir würden uns aber auch wünschen, dass deren Anliegen nicht mit Prüfaufträgen in weiter Zukunft abgehandelt und für erledigt erklärt

werden. Im Fall der Kunstturnhalle in Spich wird den Befürwortern Sand in die Augen gestreut traut man sich wohl nicht zu sagen, dass diese Ausgabe in Zeiten wie diesen nicht geht.

An dieser Stelle will ich etwas ansprechen, was sich in Zahlen nicht abbilden lässt, aber auch viel mit der Zukunftsfähigkeit dieser Stadt zu tun hat: Der Umgang mit Menschen. Nicht ohne Grund war eine der Grundforderung der SPD im Kommunalwahlkampf der offene und transparente Umgang miteinander. Und da gibt es noch erheblichen Nachholbedarf. Aus den „Platanen in der Fußgängerzone“ hat die Ratsmehrheit offensichtlich nichts gelernt.

Über ein Personalie an der Verwaltungsspitze werden wir uns noch in gesondertem Tagesordnungspunkt unterhalten, aber da fehlt es ganz vorsichtig gesagt an jeglichem Fingerspitzengefühl.

Der Personalrat schreibt dem Bürgermeister ins Stammbuch, dass er die Verantwortung dafür trage, dass die ganzjährige Öffnung der Kindertagesstätten „auf dem Rücken und zu Lasten der Psyche der MitarbeiterInnen ausgetragen“ werde. Er beklagt, dass die Einschaltung externer Firmen zur Personalberatung, mit der Folge, dass Amtsleiterstellen tatsächlich extern besetzt werden, „die eigenen Mitarbeiter ... demotiviert“.

Die Beamten im Haus beklagen aus unserer Sicht völlig zu Recht, dass mit dem lapidaren Hinweis darauf, dass es sich um eine freiwillige Leistung handle, die Teilnahme am System der Leistungsorientierten Bezahlung eingestellt wird.

Allen drei Vorgängen zeugen von wenig Wertschätzung des Dienstherren Stadt Troisdorf mit seinen Beschäftigten. Auf deren Leistung werden wir aber gerade in den nächsten Jahren in besonderem Maß angewiesen sein.

Ein anderer Fall von nicht angemessenem Umgang mit Menschen. Bürgerinnen und Bürger von Troisdorf entnehmen der Zeitung, dass in ihrer Nachbarschaft eine Flüchtlingsunterkunft eingerichtet werden soll. In der Diskussion wird klar, dass entsprechende Planungen der Stadt schon lange bestanden. Ja hätte man dann nicht mal vorab mit den Menschen vor Ort, die im Übrigen besten Willens sind, reden können?

Die Anwohner der Flughafenstrasse in Altenrath zwischen Schengbüchel und Weierdorf haben eine Straßenbeleuchtung, bei der an weit auseinanderstehenden Holzpfehlern Laternen hängen. Die Flughafenstrasse ist an der Stelle Durchgangsstraße und auch Schulweg. Bis zum HaFi konnte die Verwaltung nicht einmal sagen, wann diese Beleuchtung gebaut wurde, war sich aber sicher, dass damals alles korrekt gebaut und abgerechnet wurde. Für 35.000 € wird starrhalsig ein Prinzip zulasten der Anwohner aber auch zulasten der Verkehrssicherheit zu Tode geritten.

Im zuständigen Gremium wird im Frühjahr 2013 eine Prüfung der technischen Situation des Freibades beschlossen. Das Ergebnis soll im Herbst vorgelegt werden. Tatsächlich kommt die entsprechende Information, die einen Investitionsbedarf von 5 Mio € attestiert, nach den Kommunalwahlen. Garniert wird das Ganze mit der nie deutlich ausgesprochenen aber hörbaren Frage danach, ob man angesichts dieser

Zahlen und sinkender Besucherzahlen nicht ganz auf ein Freibad verzichten soll. Aus unserer Sicht ist klar, dass eine Stadt wie Troisdorf ein Freibad braucht. Deshalb müssen alle Diskussionen über die Zukunft des Freibades hier im Rat geführt werden. Darauf zielt unser Antrag auf Bindung unserer Vertreter in den Gremien der TroiKomm und des Bürgermeisters.

Die Beratung einer Anfrage unserer Fraktion im HaFi machte deutlich, dass es in der Verwaltung keinen sofort verfügbaren Katalog der Vermögenswerte der Stadt wie Gebäude, Straßen oder Brücken gibt, der einen Anhalt dafür liefert, wie der Zustand ist und wo folgerichtig als nächstes saniert oder verbessert unterhalten werden muss. Das ist Blindflug durch einen Millionenhaushaltsposten.

Wir sind mit der Anhebung von Steuern, Gebühren nicht einverstanden. Mit höheren Gewerbesteuern belasten wir die Wirtschaft, von deren Gewerbesteuern wir auch in Zukunft leben wollen. Und der Rundumschlag von Grundsteuererhöhung, höheren Kita-Gebühren und höheren Essensbeiträgen belastet gerade Familien mit Kindern. Höhere Parkgebühren inklusive teurerem Anwohnerparkausweis runden dieses Bild ab.

Wenn der Haushalt dann wenigstens zukunftsweisend wäre. Die beschriebenen Anhebungen stopfen aber nur Löcher, sonst nichts. Die Kämmerei wird seit Jahren nicht müde, Konsolidierung und strukturelle Verbesserungen anzumahnen. Die Kommunalaufsicht predigt seit Jahren offensichtlich tauben Ohren, dass freiwillige Leistungen nicht ausgedehnt werden dürften.

Jetzt werden Jugendeinrichtungen, Kulturtreibende, Sportvereine verschreckt, weil gnadenlos mit dem Rasenmäher gekürzt wird. Aber die auch mit diesem Haushalt beschlossenen zusätzlichen freiwilligen Ausgaben unmittelbar oder in Form von Abschreibungen lassen eher befürchten, dass das erst der Anfang eines Streichkonzertes ist, an dessen Ende die vielbeschworene Familienfreundlichkeit von Troisdorf nur noch ein leeres Wort sein wird.

Das will ich an einem Beispiel erläutern: Der neuen Stadthalle. Sie ist jetzt da und wird auch hoffentlich lange ihren Dienst tun. Aber sie hat –neben den Auswirkungen, die ich gleich beschreiben will - im täglichen Betrieb ein Problem, das der neue Prinz der Stadt Troisdorf, Jörg II. bei seiner Proklamation so beschrieben hat: Man kann die neue Stadthalle nicht mit dem neuen World Trade Center in New York vergleichen – nur die Mieten seien ähnlich hoch.

Diese Stadthalle also löst bei Investitionskosten in Höhe von ca. 15,3 Mio € bei einer Abschreibungsfrist von 50 Jahren jährliche Abschreibungen von ca. 300.000 € in diesem Zeitraum aus. So steht es auch im Haushalt.

Nicht erfasst sind dabei die „Folgekosten“ für Festplatz, Plätze zwischen Stadthalle und Rathaus, Inneneinrichtung oder Parkhaus. Das letztgenannte wird zwar wahrscheinlich nie im städtischen Haushalt auftauchen, wird aber gebaut und unterhalten von einer städtischen Tochter, was also letztendlich doch wieder Auswirkung auf den städtischen Haushalt haben wird. Wenn es gut geht und lange Abschreibungsfristen vom Finanzamt genehmigt werden, dürften das noch mal 300.000 € werden. Das sind wohlgemerkt im Sinne der Kommunalaufsicht neue freiwillige Leistungen, für die andere gestrichen werden müssen.

Die Hinweise der Verwaltung während er Haushaltsberatungen, dass von der durch Landesgesetz angestrebten Beteiligung der Eltern an den Kosten der KiTa-Betreuung in Höhe von 19 % in Troisdorf auch nach der Erhöhung nur 9 % erreicht werden und dass es sich hier um einen Bereich handelt, in dem die Stadt einen zweistelligen Millionenbetrag zuschießt, lässt uns befürchten, dass die jetzige Anhebung noch nicht das letzte Wort war.

Deshalb will ich für die SPD klar und deutlich sagen, dass wir grundsätzlich der Auffassung sind, dass die Betreuung von Kindern und Jugendlichen vom Eintritt in die KiTa bis zum Staatsexamen oder der Meisterprüfung kostenlos sein muss. Kinder sind unsere Zukunft. Gerade angesichts des demografischen Wandels ist es fast eine betriebswirtschaftliche Pflicht, sie für das Leben so fit zu machen, dass sie gut ausgebildet später einmal unserer Rente zahlen können.

Welch trostloses Bild der Haushalt malt, will ich mit ein paar weiteren Zahlen verdeutlichen. Lag der Schuldenstand pro Kopf der Einwohner ausweislich der Zahlen des Haushalts am 31.12.2012 noch bei 934 €, werden wir am 31.12.2016 – also nur fünf Jahre später inklusive der geplanten - und nicht etwa der genehmigten - Kassenkredite bei 1657 € liegen. Mehr als 77 % in fünf Jahren.

Das Eigenkapital der Stadt lag am 31.12.2007 bei 263 Mio €, es wird am 31.12.2019 bei 166 Mio € liegen. Nimmt man die berühmte 5%-Grenze, bis zu der man jährlich Eigenkapital zur Deckung des Haushalts einsetzen kann, ohne in die Haushaltsicherung zu geraten, waren das in 2008 noch etwa 13 Mio €, 2020 nach der nächsten Kommunalwahl werden es noch etwa 8 Mio € sein. Das heißt der Gestaltungsspielraum nimmt rapide ab.

Dabei hat der Bürgermeister im Wahlkampf noch im Juni, also vor ziemlich genau 6 Monaten verkündet er stehe für:

- 1) Stabilität von Steuern und Abgaben
- 2) Solide Stadtfinanzen und Schuldenabbau
- 3) Eine solide und verantwortungsbewusste Haushaltspolitik.

Jetzt steht er da wie der Kaiser mit seinen neuen Kleidern. Ohne jeden erkennbaren Plan, wie es weiter gehen soll.

Denn die Ratsmehrheit argumentiert, der Haushalt, der ohne die Anhebungen bei einem Minus von 23 bis 24 Mio läge, falle so schlecht aus, weil unvorhersehbar Schlüsselzuweisungen gekürzt wurden, weil genauso unvorhersehbare Tarifierhebungen anstünden und weil die Kinderbetreuung so viel kostet, so jedenfalls der Bürgermeister in einem Artikel des General Anzeigers vom 18.11. 2014. Die mit dem Haushalt verbundenen Defizite seien also lediglich eine Art Betriebsunfall. Kein Wort davon, dass der verbliebene Bewegungsspielraum nur dem Umstand geschuldet ist, dass die Zinsen so historisch tief sind und man sich schon längst hätte fragen müssen, was denn bei höheren Zinsen wäre.

Der Bürgermeister tut also so, als hätten sich nach der Stichwahl um das Amt des Bürgermeisters die Pforten des Himmels geöffnet und eine Stimme hätte verkündet: Ihr habt jetzt ein Minus von mindestens 23 Mio.

Das stimmt aber nicht: Spätestens mit der zweiten Modellrechnung 2014 zum Gemeindefinanzierungsgesetz war klar, dass es erheblich weniger

Schlüsselzuweisungen geben wird. Das hat beispielsweise neben Verschlechterungen aus dem Zensus seinen Grund auch darin, dass aufgrund der Wertung der Wirtschaftskraft der Gemeinden im Vergleich untereinander die Schlüsselzuweisungen festgelegt werden, um so einen Ausgleich zu schaffen. Wichtige Indikatoren sind die Einnahmen aus Einkommenssteuer und aus Gewerbesteuer. Und da lohnt sich mal ein Blick über die Gemeindegrenzen.

Dank der Bertelsmannstiftung wissen wir, dass in der Region 2012 die Nettoeinnahmen aus dem Anteil bei der Einkommenssteuer pro Kopf der Einwohnerschaft relativ gleich bei ca. 400 Euro liegen. Bei der Gewerbesteuer sieht das ganz anders aus. Hier haben wir mit 775 € mehr als dreimal so viel wie Hennef oder Sankt Augustin, fast doppelt so viel wie Bonn und deutlich mehr als Siegburg oder Köln. Angesichts solcher Finanzkraft ist es also gar nicht verwunderlich, dass die Schlüsselzuweisungen sinken. Dass Sie Herr Bürgermeister diesen simplen Zusammenhang nicht kennen, will ich mir gar nicht vorstellen. Dass Sie keine strukturellen Verbesserungen eingeleitet haben steht aber auch fest. Et hät noch immer jot jejeange, war und ist wohl das Motto. Tut es aber nicht mehr.

Die Hinweise von Kämmerei und Kommunalaufsicht und auch vom Wirtschaftsprüfer stehen seit Jahren im Raum. Unternommen haben Sie nichts. Außer im Wahlkampf Dinge verbreitet, von denen ich sicher bin, dass Sie wussten, dass sie so nicht stimmten.

In das Bild passt auch der Koalitionsvertrag. Die darin am häufigsten auftauchenden inhaltliche Begriffe sind „Prüfung“ und „anstreben“. Die wirtschaftliche Realität ist darin auf jeden Fall noch nicht angekommen. Man könnte über diesen Vertrag noch viel sagen, gestatten Sie mir aber einen speziellen Hinweis: In Kapitel XI Nr. 15 wird gefordert „Verkehrsplanung sicherstellen“. Wie gut, das sie endlich selber drauf gekommen sind, dass es die bisher nicht gab.

Und wenn wir gerade dabei sind, ein Wort in Richtung von Leo Müller, der ja jetzt auch die Koalition stärkt. In Abwandlung eines Spruches von Robert Gernhardt kann man da nur sagen: Die früher größten Kritiker der Elche, sind jetzt selber welche. Aber dafür gibt es dann Unterflurglascontainer. Bravo.

In dem schon zitierten Artikel im General Anzeiger vom 18.11.14 lässt sich Bürgermeister Klaus-Werner Jablonski in seiner ganzen Hilf- und Planlosigkeit wie folgt zitieren: „Ich kann es anpacken, wie ich will, es wird immer irgendwie verkehrt sein.“.

Große Worte! Und so wahr!